

# Koalitionsstreit um Post-Mindestlohn

Frankfurt/Main. Der Koalitionsstreit über den Mindestlohn für Postbeschäftigte verschärft sich. Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) warf Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) am Wochenende Beeinflussung vor und warnte ihn davor, die Mindestlohnvereinbarung zu unterlaufen. Bei dem Streit geht es um Münteferings Vorhaben, den zwischen dem von der Deutschen Post AG dominierten Arbeitgeberverband Postdienst und der Gewerkschaft ver.di vereinbarten Mindestlohn für allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Dieser liegt zwischen 8,00 und 9,80 Euro. An den Verhandlungen waren Konkurrenten wie TNT und PIN nicht beteiligt, die nun von einem eigenen Verband vertreten werden. Sie halten eine Lohnuntergrenze von höchstens 6,00 bis 7,50 Euro für vertretbar und drohen mit dem Abbau von 50000 Arbeitsplätzen.

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Neue Brief- und Zustelldienste, Florian Gerster, kündigte zudem juristische Schritte an: Sollten Löhne von bis zu 9,80 Euro pro Stunde für allgemeinverbindlich erklärt werden, behalte sich sein Verband rechtliche Schritte vor, sagte er der Wirtschaftswoche.(AP/jW)  
<https://www.jungewelt.de/artikel/93927.koalitionsstreit-um-post-mindestlohn.html>